

II- 1080 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 5. Juli 1972 No. 570/J

A n f r a g e

der Abgeordneten REGENSBURGER, *Dr. Ermacora*  
und Genossen  
an den Herrn Bundeskanzler  
betreffend die Auszahlung von Gehaltsvorschüssen an Bundesbeamte.

Ein Oberlandesgerichtsrat vom Landesgericht Innsbruck hat bei seiner zuständigen Dienstbehörde um die Gewährung eines Bezugsvorschusses angesucht, um das im Besitz seiner Frau stehende Wohnhaus bewohnbar adaptieren zu können, wobei dadurch aufgrund seiner Versetzung die gesetzlichen Trennungsgebühren nicht beansprucht werden. Dieses Ansuchen wurde mit der Begründung abgelehnt, daß im Grundbuch lediglich die Gattin; nicht aber der Beamte selbst als Eigentümer eingetragen ist. Die von der Gattin angebotene Mithaftungserklärung genügte nicht, notwendig wäre angeblich die grundbücherliche Übertragung eines Liegenschaftsanteiles auf den Antragsteller.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Entspricht dieser den Anfragstellern mitgeteilte Sachverhalt den Tatsachen?
2. Wenn ja, sind Sie, Herr Bundeskanzler, bereit, die Sozialbestimmung des § 23 Gehaltsgesetz in der Weise zu ändern, daß ähnliche Härtefälle in Zukunft nicht stattfinden?